

Stand: 26.06.2026 10:36:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1916

"Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1916 vom 14.05.2014
2. Beschluss des Plenums 17/1996 vom 15.05.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 15.05.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- sämtliche Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken sowie für die Entsorgung der Brennelemente und der radioaktiven Betriebsabfälle vollumfänglich von den Kernkraftwerksbetreibern getragen werden,
- sichergestellt wird, dass die vier großen Energieversorgungsunternehmen bis zum Abschluss sämtlicher Arbeiten bezüglich Stilllegung, Rückbau und Entsorgung vollumfänglich für alle Verpflichtungen ihrer Kernkraft-Tochtergesellschaften einzustehen haben,
- eine unabhängige Überprüfung der angemessenen Höhe der Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung veranlasst wird,
- die Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung bei der Bilanzierung künftig für jedes Kernkraftwerk einzeln ausgewiesen werden müssen.

Begründung:

Medienberichten zufolge planen die Energiekonzerne E.ON, RWE und EnBW, ihre Kernkraftwerke an eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu übertragen. Diese Stiftung solle für die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken sowie für die Entsorgung des Atommülls verantwortlich sein. Für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es jedoch unabdingbar, dass die Kosten hierfür verursachergerecht von den Kernkraftwerksbetreibern getragen werden.

Die Atomkonzerne haben mit ihren Kernkraftwerken nicht nur über Jahrzehnte hinweg Milliardengewinne auf Kosten der Stromverbraucher erzielt, sondern auch an den Zinserträgen aus den zu bildenden Rückstellungen partizipiert. Hinzu kommt, dass die Rückstellungen den zu versteuernden Gewinn der Unternehmen mindern und darüber hinaus zur Finanzierung von Investitionen bzw. Unternehmenskäufen verwendet werden können. Eine Abwälzung der Kosten für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung auf die Steuerzahler muss daher ausgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang muss sichergestellt werden, dass die Mutterkonzerne für alle Verbindlichkeiten und Verluste ihrer Kernkraftwerks-Betreibergesellschaften einstehen müssen. Dies muss auch für den Fall der Insolvenz einer Betreibergesellschaft gelten.

Der Bundesrechnungshof hatte bereits in seinen Bemerkungen 2010 festgestellt: „Gegenwärtig können die zuständigen Stellen nicht einschätzen, ob die Energieversorgungsunternehmen angemessene Rückstellungen im Kernenergiebereich bilden.“ Eine unabhängige Überprüfung wäre daher dringend erforderlich. Des Weiteren wäre im Sinne einer erhöhten Transparenz eine kernkraftwerksscharfe Bilanzierung der Rückstellungen sinnvoll. Bis dato ist es kaum möglich, die Rückstellungen einzelnen Kernkraftwerken zuzurechnen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/1916

Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Natascha Kohnen

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des
Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen (Drs. 17/1916)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr.
Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Überführung der Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds -
keine Entlassung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haftung (Drs. 17/1947)**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache und darf Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Ich glaube, dass wir über das Thema Europa heute in allen Facetten diskutieren. Im Zusammenhang mit der Frage, wie es mit der Atomenergie weitergeht, kommt dieses Thema wieder auf uns zu. Mich freut es, dass ein Teil der CSU dem vorherigen Antrag der FREIEN WÄHLER jetzt doch zugestimmt hat, um damit zu signalisieren, dass es sinnvoll ist, bei der Übertragung von Kompetenzen auf Brüssel das Volk zu fragen. Danke an diejenigen, die uns zugestimmt haben. Ich hoffe, dass wir die CSU auch bei weiteren Themen von der Sinnhaftigkeit von Vorschlägen der FREIEN WÄHLER überzeugen können, wie zum Beispiel beim jetzigen Thema, der Atomenergie.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit der FDP haben Sie vor dreieinhalb Jahren, Ende 2010 – das ist kaum vorstellbar – der Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke zugestimmt. Vor drei Jahren hat sich die Atomkatastrophe von Fukushima ereignet. Damals hat der Letzte gemerkt, dass in Atomkraftwerken keine Konservendosen produziert werden, sondern dass dort mit hoch radioaktivem Material gearbeitet

wird. Daraufhin kam die massive Kehrtwende in der Energiepolitik: raus aus der Atomenergie, hinein in eine Energiewende, bei der wir aber heute nicht mehr genau wissen, wo Sie hinwollen. Ich appelliere an Sie, diesen Weg des Atomausstiegs konsequent weiterzugehen, und zwar mit dem Ziel, Atomenergie und mittelfristig auch Kohle durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Wir sehen nämlich, dass die Kosten, die im Zuge der Atomnachsorge auf uns zukommen, schlichtweg nicht zu bewältigen sind. Jeden Tag, den diese Werke länger laufen, kommen zusätzliche Kosten in nicht geahnter Höhe auf die Steuerzahler zu. Rund 35 Milliarden Euro haben die Atomkonzerne an Rückstellungen gebildet, um den Atomausstieg und die Endlagerung zu finanzieren. Leider Gottes sagen aber alle zuständigen Stellen, dass dieses Geld nicht reichen wird. Noch schlimmer, die zuständigen Stellen in Deutschland wissen nicht einmal, wie hoch die Kosten in etwa sein werden. Der Bundesrechnungshof hat 2010 gesagt, dass die 35 Milliarden Euro nicht reichen werden. Leider Gottes wissen die zuständigen Stellen noch nicht einmal, ob dieses Geld reichen wird. Und noch schlimmer: Diese 35 Milliarden Euro sind als Rückstellung gebucht. Sie stehen den Atomkonzernen aber weiterhin zur Verfügung, um zu investieren, um irgendwo auf der anderen Seite des Atlantiks Firmen aufzukaufen oder in der Wirtschaft herumzuinvestieren. Die Atomkonzerne haben dieses Geld weiterhin zinslos zur Verfügung, und es besteht die Gefahr, dass Tochtergesellschaften der Atomkonzerne am Ende ihren Bankrott erklären und maximal diese 35 Milliarden Euro zur Verfügung stehen oder dass nicht einmal mehr dieses Geld greifbar ist.

Jetzt kommt Europa wieder ins Spiel. Ihr sehr verehrter Herr Oettinger, der mächtigste Mann aus Deutschland in der EU-Kommission, zuständig für Energiefragen, ist bis dato ein glühender Atomkraftbefürworter, der sich weiterhin dafür einsetzt, dass mit europäischem Geld Atomkraft in den Nachbarländern ausgebaut wird. Er sagt jetzt, man sollte das Atomgeschäft auf die öffentlich-rechtliche Hand übertragen. Mit Atomgeschäft meint er auch alle Nachsorgekosten. Er sagt, damit könnte man eventuell die Konzerne so weit bringen, dass Sie auf Klagen gegen den schnell durchgeführten

Atomausstieg verzichten, nachdem zuvor die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke beschlossen wurde.

Das heißt also: Ihr Beschluss von Ende 2010, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen als bis 2022, war der goldene Handschlag für die Atomindustrie, weil sie aufgrund dieses Beschlusses eine Klagemöglichkeit hat und Summen in zweistelliger Milliardenhöhe im Raum stehen, die sie dafür einklagen will, dass sie jetzt doch aussteigen muss, obwohl es ein halbes Jahr vorher anders geheißen hat. Wir steuern damit auf eine finanzpolitische Katastrophe zu. Diese Entwicklung wird die Steuerzahler weitere Milliarden kosten, nachdem wir die Atomindustrie zuvor über Jahrzehnte hinweg massiv gefördert haben. Beim Bau der Werke sind EURATOM-Gelder geflossen. Jetzt will sich die Atomwirtschaft vom Acker machen und steigt in andere Geschäftsfelder ein. Deshalb fordern die FREIEN WÄHLER erstens, das Atomgeschäft nicht durch einen öffentlich-rechtlichen Fonds übernehmen zu lassen, sondern nur die Milliarden, die zurückgestellt worden sind, davor zu sichern, dass eine Tochtergesellschaft mit diesem Geld pleite macht und am Ende nichts mehr da ist.

Zweitens fordern wir Sie auf, die Atomindustrie dazu zu zwingen, dass sie sämtliche Nachsorgekosten übernimmt, und ihr die Möglichkeit zu entziehen, dass sie dieses Risiko in irgendwelche Schein-Tochtergesellschaften auslagert. An der Stelle müssen die Mütter für die Töchter haften. Das ist eine ganz klare Botschaft, damit diese Gesellschaften am Ende nicht irgendwelche andere Spielchen machen und sagen: Das geht uns nichts mehr an, das Geld haben wir mitgenommen, das Risiko bleibt bei euch.

Wir fordern des Weiteren, diese Kosten sauber zu bilanzieren und zu versuchen, die Kosten der Nachsorge zu definieren.

Dafür sind Standards nötig. Wir führen jetzt in meinem Landkreis Landshut Diskussionen über einen möglichen Abriss des Atomkraftwerks in Niederaichbach. Wenn das Geld nicht reicht, wird eben an den Standards gedreht. Dann wird nicht so genau hin-

gesehen, wie der Abriss vonstatten geht. Vielleicht wird dann minder kontaminiertes Material zum Wegebau verwendet, um es billig zu entsorgen. Solche Gerüchte schwirren bereits herum. Keiner weiß, wie es dort genau weitergehen soll. Keiner weiß genau, was der Abriss kostet. Ich sage es ganz deutlich: Jeder Landwirt steht mit seiner Güllegrube stärker in der Haftung als die Atomindustrie mit ihrem Atommüll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb bitte ich Sie: Akzeptieren Sie diesen Kuhhandel nicht. Diejenigen, die den Atommüll produzieren, müssen für die Entsorgung haften. Schützen Sie den Steuerzahler vor dieser Fehlentwicklung. Bilanzieren Sie für jedes Kernkraftwerk die Kosten, die auf uns zukommen. Definieren Sie saubere Standards für den Rückbau und lassen Sie die Atomindustrie nicht vom Acker.

Eine letzte Vermutung ist mit Händen zu greifen, wenn man sieht, wie die Entwicklung der erneuerbaren Energien überall abgewürgt wird. Das ist doch auch eine Konzession gegenüber den Herrschaften aus der Atomwirtschaft, um ihnen damit zu sagen: Wenn ihr möglichst leise und möglichst billig gegen uns klagt, dann sorgen wir schon dafür, dass die regionale Energiewende nicht gelingt, sondern dass ihr auch morgen mit Sonne und Wind wieder die Finger im Geldbeutel der Bürger habt und im Zuge der Energiewende nicht aus dem Geschäft gedrängt werdet. Das ist eine Kompensation. Dafür wird die Energiewende torpediert. Das sieht ein Blinder mit dem Krückstock.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Wenn ein Herr Oettinger auf die Frage nach Gefahren für die Gaslieferungen im Zusammenhang mit der Krise in Russland und der Ukraine nur die Antwort hat, wir müssten dann sparsamer mit der Energie umgehen, sehe ich darin zwar einen kleinen ersten Schritt, der aber nicht reicht. Wir können nicht nur Gas sparen, sondern wir müssen auf eigene Energieerzeugung setzen. Deshalb mein Appell: Kümmern Sie sich darum, dass dieser Atommüll ordnungsgemäß abgewickelt wird, und kümmern Sie sich mindestens genauso darum, dass die erneuerbaren Energien eine faire Chance bekommen, sodass wir in abseh-

barer Zeit von Uranimporten genauso wenig wie von Gas- und Ölimporten abhängig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Bad Bank soll eingerichtet werden, und alle Risiken beim Rückbau und bei der Endlagerung des Atommülls sollen dem Staat übertragen werden. Dieser Vorschlag der Atomwirtschaft schlägt dem Fass den Boden aus. An Dreistigkeit ist er wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Atomwirtschaft demonstriert wieder einmal deutlich ihr Staatsverständnis. Sie lebt nach dem Motto: Wir raffen alles an uns, was wir bekommen können; was wir nicht mehr haben wollen, schmeißen wir dem Staat vor die Füße. Beim Raffen und Einheimsen von Subventionen ist die Atomwirtschaft erste Klasse. Seit Jahrzehnten und leider bis heute nimmt man dankbar jede offene und versteckte Subvention an. Das sind die Zigmilliarden Euro, die bis heute in die Atomforschung fließen und in der Vergangenheit ausgegeben wurden.

Die Haftpflichtversicherungsregelungen, die Herr Aiwanger schon angesprochen hat, können nie und nimmer den Umfang eines größeren Unfalls abdecken. Das sind die steuerfreien Rückstellungen, mit denen sich die Konzerne in den letzten Jahren zu Weltkonzernen mausern und sich einen ungeheuren Wettbewerbsvorteil verschaffen konnten. Schließlich sind noch die gewaltigen Sicherungskosten für die Atommüll-Transporte quer durch Europa mit den Castoren zu nennen, die als tickende Zeitbomben quer durch das Land gekarrt werden. Diese ganzen Subventionen werden einfach eingeheimst.

Wenn es aber um das Zahlen geht, sind unsere Atomkonzerne auf einmal von der Bildfläche verschwunden. Sie werden nicht mehr gesehen. Schlimm daran ist, dass die Politik mitspielt. Die Verlagerung der unliebsamen Kosten der Atomwirtschaft hat in Deutschland und in Bayern Tradition. Der Schrottreaktor Niederaichbach wurde eben schon einmal angesprochen. Er war 18 Tage in Volllastbetrieb. Danach wurde er kurzerhand zum Forschungsprojekt umdeklariert. Damit wurden die zukünftigen Kosten dem Steuerzahler aufgebremst. Das ist aber nicht der einzige Fall. Das ist genauso in der Asse passiert. Die Asse, in der der Atommüll jetzt mehr oder weniger schlecht gelagert wird, hat die Bundesrepublik kurzerhand zu einem Forschungsprojekt umdeklariert. Die Probereinlagerungen in der Asse wurden der Bundesregierung sozusagen geschenkt. Jeder von uns würde ein solches Geschenk dankend ablehnen. Unsere Bundesregierung hat das jedoch angenommen. Somit kommen die Atommüllproduzenten wieder einmal aus dem Schneider. Sie haben bis heute weder für die Einlagerung in der Asse noch für die anstehende Auslagerung einen einzigen Cent gezahlt. Meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Was in den letzten Tagen passiert ist, kann man nur als skrupellose Erpressung bezeichnen. Man hat mit Schadensersatzklagen in Millionenhöhe gedroht. Durch die skrupellose Erpressung wird erst jetzt die Öffentlichkeit auf dieses Problem aufmerksam, das uns seit Jahren unter den Nägeln brennt. Die Rückstellungssumme in Höhe von 35,8 Milliarden Euro ist gewaltig. Das haben die Atomkonzerne natürlich nicht uneigennützig gemacht. Sie machten damit zwar einen Riesenprofit, diese Summen sind aber nicht gesichert. Das ist ein großes Problem. Das Geld liegt in den Händen der Konzerne, die damit nach Gutdünken wirtschaften. Eine Absicherung, dass dieses Geld zum passenden Zeitpunkt für die Entsorgung wirklich zur Verfügung steht, gibt es nicht.

E.on hat das Geld verwendet, um ein Global Player, ein richtiger Weltkonzern, zu werden und sich weltweit einzukaufen. Das wurde eben schon angesprochen. Mittlerweile

verfügt E.on über 1.000 Firmenbeteiligungen. Da das Ende der Atomkraft naht, ergreifen die Konzerne die Flucht nach vorne. Die Analysten haben erkannt: Das dicke Ende der Atomkraft naht. Die Entsorgung und der Rückbau der Anlagen sind weder technisch gelöst noch finanziell absehbar. Die lang verdrängten blinden Flecken der Atomkraft rücken ebenfalls in den Blickwinkel der Finanzinvestoren. Diese merken: Hoppla, das sind wirklich große Risiken, wir machen uns lieber so langsam aus dem Staub. Das darf aber nicht passieren. Wir können nicht wie bei der Bankenkrise sagen: Das Unangenehme hauen wir einfach den Steuerzahlern drauf, während sich die Konzerne gesundstoßen. Sie wollen raus aus der Hochrisikotechnologie, weg von den Problemen, und fragen den Staat: Wo bist du? Das dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen. Die Haftung für den Atommüll und seine geordnete Entsorgung muss ohne Wenn und Aber bei den Verursachern bleiben. Ich sage ganz deutlich: Jeglicher Erpressungsversuch muss strikt zurückgewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit mache ich einen kurzen Schwenk zu dem Gejammer der Konzerne. Das ist ein Jammern auf hohem Niveau. Im ersten Quartal 2014 hat E.on nur noch einen nachhaltigen Konzernüberschuss von 1,2 Milliarden Euro gemacht. Das sind 1,2 Milliarden Euro in drei Monaten. Ist das ein Grund zum Jammern? Das frage ich Sie. Heuer peilen sie einen Konzerngewinn – so war es die letzten Jahre – von ebenfalls etwa 8 Milliarden Euro an. Gleichwohl müssen wir das jahrzehntelange Problem der ungesicherten Rückstellungen heute lösen. Wie schon erwähnt, befinden sich die 35,8 Milliarden Euro in den Händen der Konzerne, die nach Gutdünken damit walten. Im Falle von Insolvenzen sind diese Summen weg.

Deswegen fordern wir mit unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag einen öffentlich-rechtlichen Fonds, in den diese Gelder Schritt für Schritt übertragen werden. Das soll nicht von heute auf morgen geschehen, das geht juristisch nicht. Stück für Stück ist dies aber durchaus möglich. Die grüne Landtagsfraktion hat das Konzept eines öffentlich-rechtlichen Fonds bereits im Jahre 2003, vor zehn Jahren, im Rahmen eines Fachgesprächs im Bayerischen Landtag diskutiert. Verschiedene Institute haben be-

stätigt: Es ist verfassungskonform. Das sieht man deutlich, wenn man in die Schweiz blickt. Unser Nachbarland hat seit dem Jahr 2007 zwei verschiedene Fonds, einen Stilllegungsfonds und einen Entsorgungsfonds, eingerichtet. Das ist juristisch möglich. Deswegen brauchen wir das auch hier. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung im letzten Herbst wurde das kurz diskutiert. Leider hat man das Thema mal wieder vertagt.

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, dass wir das Geld, das in den Bilanzen der Konzerne schlummert und von den Stromkunden finanziert wurde, endlich unter öffentliche Kontrolle stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Nur darum geht es. An der Haftung der Verursacher des Atommülls darf nicht gerüttelt werden. Daher unterstützen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER aus vollem Herzen. Darüber hinaus möchten wir noch klarstellen, dass die bestehenden Rückstellungen, die jetzt in den Konzernen lagern, gesichert werden müssen. Das verlangt unser nachgezogener Dringlichkeitsantrag. Ich betone ganz klar: Die Haftung muss voll bei den Betreibern bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mit den Gemeinsamkeiten in den Anträgen, die ich sehe, beginnen. Sehr geehrter Herr Kollege Aiwanger, der Text Ihres Antrags und die Art und Weise, wie Sie diesen vorgestellt haben, sind zwei verschiedene Sachen.

(Beifall bei der CSU)

In meinen Augen haben Sie mit Vermutungen, Befürchtungen, mit Stimmungsmache und einem Schuss Demagogie versucht, mit den Ängsten der Menschen zu arbeiten. Das finde ich schade.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Haben Sie Angst gekriegt?)

- Nein, ich habe keine Angst vor Ihnen. Ich habe auch vor den Themen, die der Antrag enthält, keine Angst.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Abgestimmt wird der Antrag, nicht der Aiwanger!)

Herr Aiwanger, die meisten Punkte sehen wir genauso wie Sie. Dass Kraftwerksbetreiber die Kosten für die Stilllegung, für den Rückbau der Kraftwerke und für die Endlagerung des Atommülls selbst tragen müssen, entspricht klar der Haltung der CSU-Fraktion sowie der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem Verursacherprinzip stehen die Kraftwerksbetreiber, die großen Konzerne, in der Pflicht. Daran gibt es nichts zu deuteln. Das wird auch mit dem Beschluss der 80. Umweltministerkonferenz vom 7. Juni 2013 in Oberhof bekräftigt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sagen Sie das Herrn Oettinger!)

Dieser Beschluss wird von Bayern mitgetragen. Unser Umweltminister hat diese Position deutlich vertreten. Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau der Atomkraftwerke sowie für die Endlagerung des Atommülls sind von den Kraftwerksbetreibern zu finanzieren. Das geht aus dem Protokoll hervor.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sagen Sie das Herrn Oettinger!)

Diese Übereinkunft entspricht der geltenden Rechtslage gemäß dem Atomgesetz. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Grunde ist ein

Beschluss, das erneut zu bestätigen, nicht notwendig. Daher stellt sich die Frage, wieso die Staatsregierung aufgefordert werden soll, sich für etwas einzusetzen, was geltendes Recht ist und was sie ohnehin tut.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je, oh je!)

Das wäre absurd. Hier machen wir nicht mit.

Eine weitere Forderung im Antrag der FREIEN WÄHLER zielt auf eine Überprüfung der Rücklagen. Hierbei ist die Staatsregierung längst auf dem richtigen Weg. Zum Beispiel wird im zitierten Beschluss der Umweltministerkonferenz genau der Punkt aufgegriffen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für eine intensiviertere staatliche Prüfung der Rücklagen einzusetzen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist daher aus unserer Sicht ein Schaufensterantrag und demzufolge abzulehnen. Das gilt umso mehr nach den Ausführungen von Herrn Aiwanger.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN fordern in ihrem nachgezogenen Antrag, die Rücklagen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen. Die Möglichkeit, die Rückstellungen durch einen öffentlich-rechtlichen Fonds sozusagen auf staatlicher Seite zu sichern, muss gewiss sorgfältig geprüft werden. Wie die GRÜNEN fordern, muss das insbesondere in der Hinsicht geschehen, dass dabei die Haftung für die Entsorgung des radioaktiven Mülls voll umfänglich erhalten und gesichert bleibt. Letztere Forderung unterstützen wir; darüber besteht ein Konsens.

Wir reden hier über bundesrechtliche Regelungen, die in der heterogenen Landschaft aller Kernkraftwerke in Deutschland und deren Betreibern das Beste für unser Land bewirken sollen, besonders im Hinblick auf die Haftung für die Endlagerung des radioaktiven Mülls.

Da die Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN eine Vorfestlegung bedeuten würde und wir bislang nicht davon überzeugt sind, dass sie das Beste für unser Land wäre,

lehnen wir auch diesen Antrag ab. Eine so wichtige Sache muss man auf Landes- und auf Bundesebene weiter sorgfältig prüfen. Man kann hier nicht mit Schnellschüssen agieren.

In wesentlichen Punkten herrscht Klarheit. Allerdings ist auch die Rechtslage so klar, dass wir sie hier nicht erneut bestätigen müssen, indem wir Ihren Anträgen zustimmen. Wir lehnen sie ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. Herr Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Aiwanger, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie führen aus, die Rechtslage sei ohnehin klar. Meine Frage an Sie lautet: Gehen Sie davon aus, dass die Sicherstellung dieser Rückstellungen so in Ordnung ist und dass wir keine weitere Rechtssicherheit brauchen, um diese Gelder wirklich zu sichern? Sie sagen, die 35 Milliarden Euro sind sicher, da brennt nichts an.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Es ist rechtlich sicher, dass diese Konzerne aufkommen und für diese Pflichten geradestehen müssen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich möchte wissen, ob die Gelder sicher sind, nicht, ob die Konzerne aufkommen müssen! Sind die Gelder sicher, so, wie sie jetzt geparkt sind?)

Die Gelder sind in diesem Grundstock, das heißt, in dem, was diese Konzerne an Werten und Vermögen haben, sichergestellt und zu holen. Daher braucht man nicht zusätzlich - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie glauben an den Weihnachtsmann, tut mir leid!)

- In manchen Situationen glaube ich gerne an den Weihnachtsmann. Hier geht es nicht um den Weihnachtsmann, sondern um ernste Dinge.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider, leider!)

Daher muss ich eine solche Bemerkung nicht kommentieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Hünnerkopf! Ich würde mit Herrn Aiwanger etwas gelassener umgehen. Seine Rede ist manchmal ein wenig engagierter als nötig.

Lassen Sie uns zu den tatsächlichen Inhalten der Anträge zurückkehren. Herr Hünnerkopf, dazu bemerke ich zuerst, dass ich Unsicherheit empfinde. Auch Sie stellen durchaus oft Anträge, die man eigentlich nicht bräuchte, aber zur Unterstreichung eines Anliegens eingebracht werden. Dieser Antrag von den FREIEN WÄHLERN aber enthält einige Forderungen, die man durchaus festhalten kann. Abgesehen davon teile ich die parteiübergreifend und auch auf Bundesebene von allen klipp und klar vertretene Auffassung, dass die Betreiber von Atomkraftwerken in der Haftung bleiben müssen. Ich glaube, darüber sind wir alle uns einig, darüber besteht Konsens.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Allerdings stimmt Ihre Behauptung zu den Rückstellungen, alles sei im Grundstock und verfügbar, tatsächlich nicht ganz. Nein, ich behaupte vielmehr, dass die Betreiber

von Atomkraftwerken durch die Debatte, die Sie jetzt losgetreten haben, unter Umständen eine Antwort bekommen, die sie gar nicht haben wollen. Diese Rückstellungen sind in Wirklichkeit nicht verfügbar, und wir wissen nicht, welche Rückstellungen für welches Atomkraftwerk detailliert vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Antrag der FREIEN WÄHLER tut also definitiv nicht weh, sondern er tut tatsächlich gut. Wir sollten ihn unbedingt unterstützen, und das sollten Sie in dieser namentlichen Abstimmung jetzt auch tun. Eine Grundlage soll geschaffen werden, durch die offengelegt wird, welche Rückstellungen wofür da sind. Das hat übrigens auch der Bundesrechnungshof moniert.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER kommt im Gegensatz zum Antrag der GRÜNEN nicht zu der Kernfrage, wie wir es schaffen, dass das Geld aus den Rückstellungen tatsächlich bereitsteht. Die Idee eines öffentlich-rechtlichen Fonds kann hierbei absolut richtig sein. Herr Stümpfig, das Folgende formulieren Sie leider nicht aus, aber wir haben es kurz vorher noch besprochen. Nicht ganz klar ist, wie es rechtlich geht, dass man privatrechtlich in die Rücklagen eingreift. Wie kann man in die existierenden rund 36 Milliarden eingreifen und sie in einen Fonds überführen? Ist das rückwirkend möglich? Ist das erst in die Zukunft hin möglich? Deswegen lautet meine Bitte an die GRÜNEN, dass sie hier ihre Formulierung verändern und fordern, dass man im Bundesrat eine Überprüfung der rechtlichen Schritte hin zu einem Fonds anstößt. Wenn Sie das einfügen würden, würden wir auch Ziffer 1 des Antrags der GRÜNEN zustimmen.

Unsere Bitte an die GRÜNEN lautet – das haben Sie mir schon zugestanden, Herr Stümpfig -, dass wir zum Antrag der GRÜNEN über die Ziffern 1 bis 3 getrennt abstimmen. Eine Antwort bräuchte ich nur auf die Frage, ob Sie eventuell einer Überprüfung der rechtlichen Überführung zustimmen würden, weil ich das für wesentlich sinnvoller halte, als direkt schon das Endergebnis zu fordern. Lassen Sie sich mit uns auf die Prüfung ein! Herr Kreuzer, vielleicht kann die CSU einer Überprüfung im Hinblick auf

einen Fonds zustimmen. Dann hätten wir es geschafft, uns im Konsens über die Sache zu verständigen. - Herr Stümpfig, jetzt könnten Sie sich noch zu einer Zwischenbemerkung melden und mir sagen, was Sie tun werden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, ich könnte nun wegen der Ausführungen zur Kontrolldichte, zu Güllegruben usw. persönlich beleidigt sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist so!)

- Gut, wenn es so ist. Niemand regt sich darüber auf, weil man weiß, wer es gesagt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, auch ich wollte damit beginnen, dass wir uns eigentlich über die Grundzüge ganz einig sind. Einig sind wir uns darüber, dass die Kernkraft in Bayern zu Recht zurückgebaut wird, dass wir diesen Rückbau sicher und finanziell gesichert gestalten müssen und dass wir für eine sichere und finanziell gesicherte Endlagerung des Atommülls sorgen müssen. Das Folgende betone ich, und die GRÜNEN mögen dabei vielleicht zuhören, aber es muss nicht sein: Wir halten die Lösung, die aktuell in einer Zeitschrift angedeutet worden ist, für völlig daneben. Eine Bad Bank ist blanker Unfug. Der Betreiber, der jahrzehntelang Gewinne daraus bezogen hat, muss auch für die Finanzierung der Folgekosten geradestehen. Bis dahin herrscht absolute Einigkeit.

Worin wir uns jetzt nicht ganz so einig sind, ist die Art und Weise, wie man das macht. Ich sage Ihnen abweichend von dem, was Sie hier vorgebracht haben: Ich glaube nicht, dass wir das heute entscheiden müssen. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es da um Milliardenbeträge geht. Das sind zig Milliarden, die hier aufzuwenden sind. Wir haben eine Rechtslage, in der das bereits postuliert ist. Zu prüfen, ob das denn sicher genug ist, ob wir uns wirklich darauf verlassen können, dass die Gelder zur Verfügung stehen, ob wir uns darauf verlassen können, dass die Richtigen diese Dinge zu bezahlen haben, ist sicherlich sinnvoll. Ich darf daran erinnern: Das ist Teil unserer Koalitionsvereinbarung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Das steht in unserem gemeinsamen Koalitionsvertrag im Bund. Wir erwarten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen werden.

Über die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen der Energieversorgungsunternehmen wird die Bundesregierung Gespräche mit diesen führen. Das passiert gerade. Heute hier im Bayerischen Landtag eine Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung zu treffen, halte ich für verfrüht. Wir müssen uns diese Dinge mit einer angemessenen Zeit anschauen; denn sie sind beileibe nicht trivial. Solche Summen in solchen rechtlichen Verwicklungen kann man nicht einfach so im Landtag beschließen. Der richtige Weg ist, sich das im Bund in einer ministeriellen Arbeitsgruppe anzuschauen. Das geschieht gerade; denn die Klärung der Frage, wie wir die Finanzierung durch die Betreiber sicherstellen, haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Das steht im Koalitionsvertrag.

Kollege Hünnerkopf hat schon darauf hingewiesen: Bezüglich der Transparenz haben wir bereits eine Entscheidung der Umweltministerkonferenz gehabt. Notfalls geht das noch über den Bundesrat. Nach dem geltenden Recht hat ein Betreiber die Dinge zu bezahlen. Auch für die Verpflichtungen der Tochtergesellschaften gibt es in Bayern entsprechende Auflagen, die wir schriftlich festgelegt haben. Im vorseilenden Verdacht, dass etwas nicht stimmt, können wir hier jetzt keinen Beschluss fassen. Wir

sollten uns die Zeit nehmen, die Dinge sauber prüfen und dann handeln. Das ist der bessere Weg. –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, darf ich Sie unterbrechen? Frau Kollegin Kohnen hat eine Zwischenfrage angemeldet. Lassen Sie diese zu?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Natürlich, ich will schließlich eine Lösung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kohnen, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielen Dank. – Herr Minister, ich bin bei allem dabei, was Sie ausführen. Wenn die GRÜNEN eine Umformulierung betreffend eine Prüfung eines Fonds hineinbringen würden – dagegen würde nichts sprechen –, dann wäre das doch auch für Sie, glaube ich, ein gangbarer Weg. Im Bundesrat geht es um eine rechtliche Prüfung eines Fonds. Ich glaube, Herr Bouffier hat das so formuliert. Das ist eine ganz interessante Idee. Würden Sie darauf eingehen? Ich fände es schön, wenn Bayern im Bundesrat den Anstoß zur Überprüfung einer Fondslösung geben könnte, beziehungsweise den Anstoß zusammen mit den anderen Bundesländern geben könnte. Ich glaube, Bayern würde das ganz gut anstehen, nachdem wir bundesweit über einen Großteil der AKWs verfügen. Das wäre meine Frage an Sie. Gespräche sind Gespräche. Von Frau Merkel wird übrigens bestritten, dass im Moment Gespräche stattfinden. Ich glaube, die kommen erst noch.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Einladung ist gerade ergangen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich kann der CSU-Fraktion natürlich nicht vorschreiben, wie sie abzustimmen hat. Sie wollen von mir hören, was meine Position ist.

(Natascha Kohnen (SPD): Empfehlungen können Sie geben!)

Ich würde davon abraten, heute zu sagen: Ich will den Fonds.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe aber ausdrücklich gesagt: Ich möchte die Prüfung, welche Lösung die beste ist und welcher Weg der beste zur Sicherung der Bereitstellung dieser Summen ist. Ich hätte nichts gegen eine Überprüfung.

Ich darf zusammenfassen, denn es kommt nicht mehr ganz viel Neues, außer dem Punkt, den Sie vorgebracht haben, dass man das auf das einzelne Kraftwerk herunterbrechen muss: Die Bundesregierung hat das einmal geprüft und als ungeeignet erachtet. Ich kann mir gut vorstellen, dass das in einer Gesamtschau, wie wir es schaffen, dass die Absicherung dieser Folgekosten über die Firmen tatsächlich stattfindet, dieser Bewertung zugeführt wird. Davon gehe ich aus.

In summa: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der größte Teil der beiden Anträge bezieht sich darauf, Dinge einzufordern, die bestehendes Recht sind, oder sie nehmen eine Lösung vorweg, die ich gerne in Ruhe prüfen würde. Ich schlage vor, diese Anträge abzulehnen. Wenn es nur darum geht, die Effizienz einer Fondslösung überprüfen zu lassen, würde ich zustimmen. - Vielen Dank fürs Zuhören.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister, Sie haben vorher gesagt, es sei sichergestellt, dass die Betreiber die Dinge bezahlen. Jetzt ist natürlich die Frage: Was

ist das Ding? Im Landkreis Landshut wird eine öffentliche Debatte geführt, wie ein Rückbau denn aussehen würde. Wird kostenbewusst zurückgebaut und irgendwo ein Strahlungsrisiko eingegangen?

Eine Anschlussfrage – vielleicht können Sie das im Doppelpack beantworten –: Wie sieht es mit der Sicherung des bestehenden Atommüllzwischenlagers aus? Seit Fukushima wird diskutiert, eine 80 Zentimeter dicke und fünf bis zehn Meter hohe Betonmauer um dieses Werk zu errichten. Ich habe diverse Anfragen gestellt, sowohl ans Umweltministerium als auch an das Bundesamt für Strahlenschutz. Ich kam mir vor wie Buchbinder Wanninger; keiner wusste, was der andere will. Sind Sie als der auch für den Strahlenschutz zuständige Umweltminister damit einverstanden, dass keiner weiß, was los ist?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, danke schön. Das war eine Zwischenfrage verkleidet als Zwischenbemerkung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie auch immer!)

Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herr Präsident, habe ich Zeit, darauf Antwort zu geben? –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Danke. Erstens. Der Rückbau von Atomanlagen unterliegt deutschlandweit strengen Regeln. Ich verwahre mich ausdrücklich gegen die Mutmaßung, man würde aus Kostengründen die Augen zudrücken und mit radioaktiven Substanzen die Wege schottern. Das ist Unfug!

(Beifall bei der CSU)

Wir prüfen diese Dinge exakt. Die Dinge, die hier abzuwickeln sind, unterliegen einer strengen Aufsicht und einem klaren rechtlichen Reglement. Wir überprüfen die Einhal-

tung dieser Dinge aufs Strengste. Hier so grundsätzlich zu sagen, das wird halbherzig gemacht, damit es billiger ist, ist eine Unterstellung, die ich weit von mir weise.

Zweitens. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat diese berühmte Mauer nicht aufgrund einer akuten Gefährdung empfohlen. Das Bundesamt überlässt es ganz bewusst den Kernkraftwerksbetreibern, diese Dinge in einer bestimmten Zeit zu bauen. Sie werden gebaut. Gundremmingen ist gerade dabei. Sie werden auch am Standort Isar 1/Isar 2 nachgerüstet. Wir tun alles dafür, damit diese Dinge sicher sind, auf dem von der zuständigen Bundesbehörde vorgegebenen Standard. Zusätzliche Sicherheiten sind nicht vorgesehen. Die Möglichkeiten nach oben sind unendlich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktion hat beantragt, über ihren Antrag auf Drucksache 17/1947 nummernweise abzustimmen.

(Widerspruch)

- Nein. Namentliche Abstimmung wurde für den Antrag der FREIEN WÄHLER beantragt.

(Widerspruch)

- Bei mir ist nur zum Antrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt. Danach verfare ich. Mehr Information habe ich nicht.

(Zwiegespräch mit der Schriftführerin Ulrike Gote (GRÜNE))

- Das machen Sie, bitte schön, mit den Kollegen von Ihrer Fraktion aus. – Ich erfahre gerade, dass auch zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN namentliche Abstimmung

beantragt worden ist. Ich gehe allerdings davon aus, dass nur für die Endabstimmung namentliche Abstimmung beantragt ist, weil Sie Abstimmung in mehreren Teilen verlangt haben. Ich lasse in den Einzelteilen nicht namentlich abstimmen, nur die Gesamtabstimmung erfolgt in namentlicher Form. Besteht damit Einverständnis? – Okay. Gut, dann machen wir es so.

Ich lasse daher zunächst über die einleitende Feststellung abstimmen. Wer der einleitenden Feststellung des Antrags der GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und Teile der SPD.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe erklärt, dass wir jetzt über den Antrag der GRÜNEN abstimmen. Die GRÜNEN haben gebeten, dass über ihren Antrag in einzelnen Teilen abgestimmt wird. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Einleitung dieses Antrags. So habe ich mich auch ausgedrückt, und ich wiederhole es, damit klar ist: Es geht jetzt nur um den Einleitungstext des Antrags der GRÜNEN. Ich lasse nochmal abstimmen: Wer für diesen Text ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der CSU.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Wir sind in der Abstimmung, Herr Aiwanger, Sie haben nicht das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Herr Dr. Dürr, ich bitte Sie, die Abstimmung nicht durch irgendwelche privaten Zwischenrufe zu unterbrechen. – Ich frage jetzt noch einmal: Wer gegen die Einleitung dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum nächsten Teil dieses Antrags, und zwar zu Ziffer 1. Zu Ziffer 1 haben die GRÜNEN beantragt, die Formulierung im ersten Satz zu ändern. Ich lese diese vor, wie sie geändert lauten soll:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

1. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass geprüft wird...

Ist es so richtig? – Der übrige Text bleibt gleich. Ich lasse also jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Dr. Marcel Huber.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn Sie sich beruhigt haben, fahre ich mit der Feststellung des Abstimmungsergebnisses fort. Es sind auch einige Stimmen aus der CSU-Fraktion. - Es sind sieben Stimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Trotzdem ist der Antrag nicht angenommen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung am Schluss.

(Unruhe)

Ich lasse jetzt über die Ziffern 2 und 3 – wie von der Fraktion der GRÜNEN beantragt – abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Enthaltungen haben gefehlt!)

- Es haben alle abgestimmt.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Gut, dann frage ich noch zur Beruhigung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, wer sich enthält. Sehen Sie, Frau Kollegin.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eine Stimme der SPD!)

- Nein, das war ein Irrtum bei der SPD.

(Lachen und Unruhe)

Frau Kollegin Stamm, ich stelle fest, es hat sich niemand der Stimme enthalten, so wie ich es am Beginn bereits gesagt habe.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt stimmen wir über die beiden Ziffern 2 und 3 gemeinsam ab. Wer dafür ist, den bitte ich wieder um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltung? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Jetzt lasse ich in namentlicher Form über den gesamten Antrag abstimmen. Dann werden wir das Ergebnis sehen. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Ich gebe für die Abstimmung fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15.56 bis 16.01 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir zur nächsten namentlichen Abstimmung übergehen können.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwan-ger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Einlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen" auf der Drucksache 17/1916. Auch für diesen Dringlichkeits-

antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.02 bis 16.05 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und zu gegebener Zeit mitgeteilt. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte Sie deshalb, Ihre Plätze einzunehmen.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atom- mülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen" auf Drucksache 17/1916. Mit Ja haben 62 und mit Nein 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Überführung der Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds – keine Entlassung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haftung" auf Drucksache 17/1947. Mit Ja haben 61 und mit Nein 75 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen (Drucksache 17/1916)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael			
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex				Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie			
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Überführung der Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds - keine Entlassung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haftung (Drucksache 17/1947)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	75	0